

NIEDERSCHRIFT GuK/0005/2016

über die Sitzung des **Ausschusses für Generationen und Kultur** am 15.03.2016
im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Sarah Bosse

Ausschussmitglieder:

Frau Heike Ahlers
Herr Marco Lennertz
Frau Brigitte Mollenhauer
Frau Margarete Köhler
Herr Dr. Rolf Sommer

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Stefan Holtkamp
Frau Irmgard Ueding
Frau Petra Beil
Frau Birgit Meusemann
Herr Udo Wirth

Gäste:

Frau Monika Robert zu TOP 1 ö. S.
Frau Rebecca Wehling zu TOP 1 ö. S.

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks
Herr Martin Struffert
Frau Birgitt Nachbar
Frau Birgit Freickmann Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:25 Uhr

Frau Bosse stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Bosse verpflichtet dann Herrn Udo Wirth zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. **Betreuung und Integration von Flüchtlingen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind die sozialpädagogischen Fachkräfte Frau Rebecca Wehling und Frau Monika Robert, vom DRK-Kreisverband Coesfeld e. V. anwesend. Frau Wehling wird innerhalb des DRK-Kreisverbandes eine neue Aufgabe übernehmen, als Nachfolgerin wird Frau Robert die Arbeit fortsetzen.

Frau Dirks stellt ergänzend zur Sitzungsvorlage heraus, dass die Hilfsbereitschaft in Billerbeck sehr groß ist. Darüber hinaus sei es ihr wichtig deutlich zu machen, dass verwaltungsseitig umfassend informiert werde, gerade was die Unterbringung der Flüchtlinge betreffe.

Herr Struffert berichtet, dass zurzeit in Billerbeck 259 Personen, davon 83 Kinder betreut werden. Von Februar bis März seien nur 2 Zuweisungen erfolgt. Für morgen seien 3 Zuweisungen angekündigt, hierbei handele es sich um Familienzusammenführungen.

Von den 259 Personen hätten 147 eine hohe Bleiberechtswahrscheinlichkeit. Die größte Gruppe seien die Syrer, die mit 109 Personen in Billerbeck anwesend seien.

In Billerbeck lebten derzeit auch 4 minderjährige Kinder ohne Eltern, 3 davon seien aber in Begleitung von Verwandten, ein Kind (17 Jahre) sei unbegleitet. Diesbezüglich finde ein enger Austausch mit den Betreuungskräften und dem Jugendamt statt.

Auf Nachfrage von Frau Beil teilt Herr Struffert mit, dass von den 83 Kindern

20 Kinder zwischen 0 und 2

10 Kinder zwischen 3 und 5 und

53 Kinder zwischen 6 und 17 Jahre alt seien.

Frau Dirks ergänzt, dass die Kinder die Kitas, die Grundschule und auch die weiterführenden Schulen besuchten. An der Gemeinschaftsschule sei inzwischen eine spezielle Klasse eingerichtet worden.

Herr Struffert hebt hervor, dass sich viele Billerbecker über das Netzwerk hinaus engagierten. Das sei sehr erfreulich, deshalb spreche er allen ehrenamtlich Tätigen seinen Dank aus.

Herr Lennertz weist darauf hin, dass sich in Billerbeck derzeit 14 Personen weniger aufhielten als vor einiger Zeit und fragt nach, wo diese geblieben seien.

Herr Struffert teilt mit, dass eine Person freiwillig ausgereist und eine Familie kürzlich abgeschoben wurde. Einige Personen seien einfach untergetaucht.

Frau Beil hebt das hervorragende Engagement für die Flüchtlinge in Billerbeck heraus. Sie mache sich aber Gedanken über die Integrationsanstrengungen in der Stadt und stelle die Frage, welche Inklusionsanstrengungen unternommen werden können, um Fremde und Billerbecker zusammen zu bringen. Dabei meine sie nicht nur Flüchtlinge, sondern auch

Migranten. Sie könnte sich vorstellen, ein internationales Fest zu organisieren. Weiter wolle sie wissen, inwieweit die Sportvereine involviert seien.

Auch bzgl. der Errichtung von Wohnungen für Flüchtlinge müssten die Bürger mehr mitgenommen werden. Sie frage sich, ob eine Bürgerversammlung der Anwohner der Ludger-Hölker-Straße geplant sei. Darüber hinaus wolle sie wissen, ob das in Coesfeld neu gegründete Integrationszentrum für Billerbeck nützlich sei und wie der Integrations-Point bei der Arbeitsagentur arbeite. Sie stelle sich auch die Frage, ob es genügend Plätze in den Sprachkursen gebe.

Zur Frage, wie Fremde und Billerbecker zusammengebracht werden können, verweist Frau Dirks auf den „Runden Tisch gegen Gewalt“, der sich vor einigen Jahren u. a. zum Ziel gesetzt habe, nicht nur zu reagieren, sondern auch präventiv tätig zu werden. Dann sei die Aktion „Du bist wertvoll; ich auch“ ins Leben gerufen worden. Im Rahmen dieser Aktion sei auch ein „Dialog der Kulturen“ auf den Weg gebracht worden. Tagsüber sei gemeinschaftlich gekocht und anschließend afrikanische Musik gehört worden. Am 28. August diesen Jahres sei wiederum ein Begegnungsfest mit Sport und Spiel und abends mit einem Essen und geselligem Ausklang geplant.

Zu der von Frau Beil angesprochenen Information der Nachbarn von Flüchtlingsunterkünften weist Frau Dirks darauf hin, dass die Verwaltung wie beschlossen alle Nachbarn im Sandbrink persönlich angeschrieben habe. Wenn eine Bürgerversammlung durchgeführt werde, dann nur für alle Billerbecker, denn es gebe hier mittlerweile 13 verschiedene Unterkünfte für Flüchtlinge. Wenn die Zuweisungen weiterhin so anhielten, dann müsse in Zukunft jeder Bürger damit rechnen dass die Stadt ggf. auch in seiner Nachbarschaft ein Einfamilienhaus kaufe, um dort Flüchtlinge unterzubringen.

Herr Struffert ergänzt, dass bzgl. der Unterbringung auch Rücksicht genommen werden müsse, auf andere Personen, die in Billerbeck Wohnungen nachsuchten. Es dürfe kein Konkurrenzkampf entstehen.

Weiter weist Herr Struffert darauf hin, dass in der Netzwerk-Arbeitsgruppe „Willkommen und Alltag“ auch Vereinsmitglieder tätig seien, die Flüchtlinge in die Vereine vermittelten.

In Billerbeck gebe es 161 Personen, die nur Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender (BüMA) haben, d. h., deren Asylverfahren seien noch nicht gestartet. Das sei ein großes Problem in Billerbeck und im gesamten Kreis Coesfeld. Diese Personen seien frustriert, weil es nicht weitergehe. Anerkannt seien in Billerbeck nur 13 Personen.

Zum Integrationspoint erläutert Herr Struffert, dass Personen, die noch keine Anerkennung haben, bei der Vermittlung in Arbeit und Beschäftigung ursprünglich von der Arbeitsagentur im Rahmen des SGB III betreut werden. Es gebe eine Verwaltungsvereinbarung zwischen der Agentur für Arbeit und dem Kreis Coesfeld, wonach insbesondere für bleiberechtsnahe Personen seitens der Stadt ein Erstprofiling durchgeführt wird, d.h. Fähigkeiten und Kenntnisse, sowie Schul- und Berufsabschlüsse ermittelt werden. Allerdings stünden kreisweit nur 300 Plätze beim Integration

Point zur Verfügung, das reiche bei weitem nicht aus. Es ist aber ein Arbeitskreis eingerichtet worden, wo ggf. nachgebessert werden kann.

Mittlerweile habe sich auch ein Integrationszentrum gegründet, das beim Kreis Coesfeld angesiedelt sei. Dort verschaffe man sich derzeit einen Überblick über die ehrenamtlich tätigen Personen. Problem sei, dass ein Großteil der Personen, die im Integrationszentrum arbeiten, sich aus Lehrpersonen rekrutiere und die seien kaum vorhanden. Sprachkurse könnten belegt werden, sobald die Anerkennung als Asylbewerber erfolgt sei. Plätze seien ausreichend vorhanden, da das Gros noch nicht anerkannt sei.

An dieser Stelle benennt Frau Wehling ihre bisherigen Arbeitsschwerpunkte (Herstellen der Kontakte zu den Ehrenamtlichen, Schülerbegleitung, work-shop-Vorbereitung, Besuche in den Unterkünften etc.). Sie teilt mit, dass sie innerhalb des DRK-Kreisverbandes eine neue Aufgabe übernehmen wird.

Frau Robert stellt sich als Nachfolgerin von Frau Wehling vor. Sie werde versuchen, die Arbeit von Frau Wehling fortzuführen.

Herr Wirth weist darauf hin, dass der von der Evgl. Kirchengemeinde zur Verfügung gestellte Raum nicht durchgängig zur Verfügung stehe, da er z. B. bei religiösen Feiertagen von der Kirche benötigt werde. Also müsste nach einem anderen geeigneten Versammlungsraum für ca. 50 Personen gesucht werden. Das sei wichtig, weil man nur integrieren könne, wenn auch kommuniziert werde. Er sehe Räumlichkeiten in den Schulen als geeignet an. Darüber hinaus wisse er aus eigener Erfahrung, dass die Integration von Kindern über den Sport problemlos möglich sei.

Die Nachfrage von Frau Mollenhauer, ob es rechtliche Probleme z. B. mit den Unterschriften bei der Anmeldung unbegleiteter Kinder in den Kitas gebe, verneint Herr Struffert. Hier gebe es Betreuungsregelungen beim Amtsgericht.

Zu dem von Herrn Wirth angesprochenen Versammlungsraum merkt Frau Dirks an, dass bereits Räume in der Schule angeboten wurden, sich diese aber nicht eignen, weil sie aufgrund des Schulbetriebs nicht den ganzen Tag über genutzt werden können.

In der anschließenden Erörterung wird die Auffassung vertreten, dass eine Integration der Kinder und Jugendlichen insbesondere über den Sportverein und hier dem Fußball am besten gelinge.

Herr Holtkamp stimmt dem zu, gibt aber zu bedenken, dass es an Fußballtrainern mangle und die Mannschaften bereits übertoll seien. Andererseits könne bei den Flüchtlingskindern nicht immer mit einer regelmäßigen Teilnahme am Training gerechnet werden und auch, wenn es um Spielerpässe gehe, sei das für viele nicht machbar. Deshalb müsse der Ansatz niederschwellig sein. Vielleicht könnte auch über die DLRG versucht werden, junge Leute im Freibad zusammenzubringen.

Frau Dirks schlägt vor, auch die KJG anzusprechen.

Frau Bosse erkundigt sich, wie es mit der Unterbringung von Flüchtlingen im Außenbereich klappe.

Herr Struffert berichtet, dass sich die Nachbarn eines Objektes intensiv um die Flüchtlinge kümmern. Bei dem anderen Objekt stelle sich die Mobilität ein bisschen schwierig dar. Dieses Problem werde sich aber voraussichtlich lösen, wenn der Bürgerbus seinen Betrieb aufgenommen habe.

Insgesamt habe sich alles gut eingespielt.

2. **Antrag der SPD Fraktion vom 13.05.2014** **hier: Einführung der Ehrenamtskarte NRW**

Frau Köhler führt aus, dass sie gut nachvollziehen könne, dass die Bürgerstiftung die Einführung und Organisation der Ehrenamtskarte nicht übernehmen wolle. Mittlerweise sei die SPD-Fraktion zu der Auffassung gelangt, dass die Einführung der Ehrenamtskarte nicht jeder einzelnen Kommune überlassen werden sollte, sondern dass es hierfür eine zentrale Stelle geben sollte. Diese sollte beim Kreis Coesfeld angesiedelt werden. Wenn der Kreis sich mit der Einführung der Ehrenamtskarte beschäftigen würde, dann könne sie sich vorstellen, dass sich dann viel mehr Gemeinden für eine Einführung stark machen werden. Sie schlage vor, den Beschlussvorschlag der Verwaltung dahingehend zu ändern, dass der 1. Satz gestrichen wird. Des Weiteren sollte die Bürgermeisterin beauftragt werden, in der nächsten Bürgermeister-Konferenz den Vorschlag zu unterbreiten, den Kreis in die Pflicht zu nehmen, die Ehrenamtskarte einzuführen. Hier soll ein deutliches Signal gegeben werden, dass die Kommunen die Einführung befürworten, die zentrale Organisation jedoch beim Kreis sehen. Über das Ergebnis der Bürgermeister-Konferenz sollte die Bürgermeisterin in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses berichten.

Frau Mollenhauer schließt sich dem Vorschlag grundsätzlich an, möchte aber den 1. Satz des Beschlussvorschlages nicht streichen, sondern ihn ergänzen um „... wird zurzeit nicht eingeführt“.

Frau Mollenhauer hebt hervor, dass in Billerbeck das Ehrenamt auch ohne Ehrenamtskarte sehr gut funktioniere, immerhin sei schon ein Netzwerk erforderlich, um die Arbeit zu organisieren.

Nach abschließender Erörterung fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Die Ehrenamtskarte NRW wird derzeit in Billerbeck nicht eingeführt. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, in der nächsten Bürgermeisterkonferenz den Vorschlag zu unterbreiten, den Kreis in die Pflicht zu nehmen, die Ehrenamtskarte einzuführen. Hierbei sollte ein deutliches Signal gegeben werden, dass die Kommunen die Einführung befürworten, die zentrale Organisation jedoch beim Kreis sehen. Über das Ergebnis der Beratung in der Bürgermeisterkonferenz sollte die Bürgermeisterin in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Generationen und Kultur berichten.

Stimmabgabe: einstimmig

3. **Zwischenbericht zum Kindergartenplatzbedarf für das Kindergartenjahr 2016/2017**

Herr Struffert teilt mit, dass die Kindergartenbedarfsplanung vom Jugendhilfeausschuss in der letzten Woche so wie in der Sitzungsvorlage dargestellt, beschlossen wurde.

Herr Wirth übt Kritik an der Sitzungsvorlage, da sie den Politikern nicht in farbiger Ausfertigung zugestellt wurde und die Begriffe „Typ I, II und III“ nicht erläutert werden.

Herr Struffert gibt Herrn Wirth Recht und sagt zu, der Niederschrift eine Erläuterung beizufügen (**siehe Anlage 1**).

Frau Bosse fragt nach, ob sich schon ein Träger für die neuen Gruppen abzeichne.

Frau Dirks teilt mit, dass die Kirche wohl ausfalle und die Kita Kunterbunt bereits eine dritte Gruppe einrichte. Bei der DRK-Einrichtung Johann-Heermann sei der Platz auf dem Grundstück begrenzt, im Oberlau müsse man noch näher hinsehen. Derzeit dränge sich nichts auf.

Herr Holtkamp folgert, dass man sich also nicht ausruhen dürfe und alle aufgefordert seien, mit großer Kreativität potentielle Träger anzusprechen.

Frau Mollenhauer stellt heraus, dass man froh sein könne, zumindest für 2016 ausreichend Plätze vorhalten zu können. Außerdem sei man in Billerbeck insgesamt sehr gut aufgestellt, was die Ausstattung und insbesondere die Freiflächen an den Kitas anbelange.

Frau Dirks weist darauf hin, dass evtl. die Trägerschaft ausgeschrieben werden müsse. Einfach sei es nicht, bei der jetzigen Pauschalfinanzierung einen Träger zu finden.

4. **Mitteilungen**

4.1. **Fachkonzept der frühen Hilfen - Frau Nachbar**

Frau Nachbar verweist auf das neu erschienene Fachkonzept der frühen Hilfen.

Am 28.04.2016 finde eine Auftaktveranstaltung für den Ausbau eines Netzwerkes Frühe Hilfen in Billerbeck statt. Der Kreis Coesfeld habe zusammen mit der Stadt Billerbeck verschiedene Akteure, die im Bereich

des präventiven Kinderschutzes aktiv sind, hierzu eingeladen. Über Ergebnisse hierzu werde im Ausschuss berichtet.

4.2. Einweihung Bürgerbus - Frau Nachbar

Frau Nachbar teilt mit, dass am 2. April 2016 die Einweihung des Bürgerbusses geplant sei. Hierzu würden alle Fraktionen eingeladen.

5. Anfragen

5.1. Werbetafel der Werbegemeinschaft an den Ortseingängen - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer weist darauf hin, dass die Werbetafeln an den Ortseingängen mit den Hinweisen auf Beherbergungsbetriebe dringend aktualisiert werden müssen.

Sarah Bosse
Ausschussvorsitzende

Birgit Freickmann
Schriftführerin